

VW-Abgasaffäre Austausch über private Mails?

Obleute des Untersuchungsausschusses zur VW-Abgasaffäre verlangen die Sicherstellung privater E-Mails von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Nach Ansicht der Parlamentarier besteht der Verdacht, dass der Minister über seine private E-Mail-Adresse sensible Informationen mit der „Untersuchungskommission Volkswagen“ ausgetauscht hat. Das Gremium sollte für das Ministerium die Hintergründe des Abgasbetrugs bei Dieselfahrzeugen aufklären. Per Zufall war in den Unterlagen des Parlamentsausschusses eine E-Mail an Dobrindts Staatssekretär Michael

Odenwald gelandet, die dieser auf seinem privaten Mailserver empfangen hatte. Dobrindt hat nachweislich 39 E-Mails in der Sache persönlich erhalten, aber nach Aktenlage nur auf 3 von seinem Dienstaccount geantwortet. „Das kann einfach nicht stimmen“, sagt der Vizevorsitzende des Untersuchungsausschusses, Oliver Krischer. „In den Mails standen ganz konkrete Fragen, die Dobrindt vermutlich über seinen Privataccount beantwortet hat.“ Der Grüne fordert nun die Herausgabe der Antworten. Ein Ministeriumssprecher betonte, Minister Dobrindt und Staatssekretär Odenwald führten ihre Kommunikation stets „entsprechend der dienstlichen Vorgaben“. gt

Atomkraft Kernschmelze nach dem Beben

Das Atomkraftwerk im bayerischen Gundremmingen lässt sich bei einem Störfall nicht beherrschen, im Falle eines gleichzeitigen Erdbebens droht eine Kernschmelze. Zu dieser Einschätzung kommen der langjährige Sachverständige der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Manfred Mertins, sowie der ehemalige technische Leiter der GRS, Lothar Hahn, in einem Gutachten für die Grünen-Bundestags-

abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl. Damit genüge das AKW den heutigen Sicherheitsanforderungen nicht. Mertins kritisiert zudem, dass ein Gutachten des für die Atomaufsicht zuständigen Bundesumweltministeriums fachliche und handwerkliche Mängel enthalte. Die positiven Aussagen des Ministeriums über die Sicherheitssysteme in Gundremmingen seien „nicht belastbar“, schreibt der Physikprofessor. Anton Hofreiter, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, fordert: „Gundremmingen muss unverzüglich vom Netz.“ gt

AfD gegen AfD Unterstützer für Petry

Während die Bundespartei am 22. April im Kölner Maritim-Hotel ihren Parteitag abhält, will die örtliche AfD parallel eine Großkundgebung auf dem nahe gelegenen Neumarkt abhalten. Wie der Landesgeschäftsführer der AfD Nordrhein-Westfalen bestätigte, sollen auf der Kundgebung AfD-Spitzenleute, eine Band, ein Comedian und ausländische Ehrengäste auftreten. Die Konkurrenztermine sind angesichts des

Machtkampfs in der AfD brisant: Auf dem Parteitag wollen die Rechtspopulisten ihre Spitzenkandidaten für den Bundestagswahlkampf küren. Parteichefin Frauke Petry wäre gern alleinige Spitzenkandidatin, in einer unverbindlichen Mitgliederumfrage votierte die Basis aber für eine Teamlösung. Da der AfD-Verband NRW von Petrys Ehemann Marcus Pretzell geführt wird, könnte die Konkurrenz-Demo in Köln, so Parteifreunde, als Unterstützung für Petry gedacht sein, um den Druck auf dem Parteitag zu erhöhen. ama



Kinder in der Colonia Dignidad in den Sechzigerjahren

VILLA BAVIERA / DPA

Colonia Dignidad Hilfe für die Opfer

Die Bundesregierung soll die Opfer der deutschen Sektensiedlung Colonia Dignidad in Chile finanziell unterstützen. Das fordert eine Parlamentariergruppe im Rechtsausschuss des Bundestages. Den Antrag will die Ausschussvorsitzende, die Grüne Renate Künast, in Kürze in den Bundestag einbringen. Die Abgeordneten hatten die Siedlung besucht. Ihnen zufolge sollte die historische und rechtliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen dort auch mit technischer Hilfe zur

Spurensicherung vorangetrieben werden. In der Siedlung, die der ehemalige Jugendpfleger Paul Schäfer 1961 gegründet hatte, wurden Kinder sexuell missbraucht. Die Sektensführung half der chilenischen Militärdiktatur, Hunderte Regimegegner zu foltern, Dutzende wurden in der Kolonie getötet. Mit dem parteiübergreifenden Antrag wolle man einen „Versöhnungsprozess gemeinsam mit Chile“ beginnen, so Künast. Zudem brauche es „Hilfe besonders für jene, die als kleine Kinder in die Colonia Dignidad kamen und nun im Alter mittellos sind“. kno

Armutsbericht Berater widersprechen Ministerin

Ein Expertengremium hat Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) davor gewarnt, das Ausmaß der Altersarmut im neuen Armuts- und Reichtumsbericht zu verharmlosen. Im Entwurf des Berichts aus ihrem Haus heißt es: „Die Altersgruppe der ab 65-Jährigen ist durchschnittlich weniger von Armutsgefährdung betroffen als die Gesamtbevölkerung.“ So beantragten nur drei Prozent der Senioren Grundsicherung. Der Beraterkreis hat Nahles jedoch darauf hingewiesen, dass die „Dunkelzif-

fer“ der Bedürftigen höher liege, es handle sich um „verdeckte Armut“. Das geht aus einem Protokoll des Ministeriums zu einem Symposium mit Sozialexperten und Verbänden hervor. Die „Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Leistungen“, die oft auf Scham oder Unkenntnis beruhe, werde im Entwurf des Armutsberichts nicht thematisiert, kritisierte der Beraterkreis. Das Ministerium hatte in der Runde darauf hingewiesen, dass Senioren derzeit weniger unter Armutsrisiken litten als andere Altersgruppen. „Es zeichnet sich jedoch ab, dass dies nicht so bleiben muss“, heißt es im Protokoll. cos